



# Jeder mensch ist ein Experte

Texte zur aktuellen Migrationsdebatte, Juli 2001

## Gespenster

**Niemand glaubt mehr an Gespenster, und dabei hätte es durchaus seinen Reiz. Sieht es doch auf einmal so aus, als gäbe es einen neuen Spuk - den Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften, der eine neue Einwanderungsdebatte ausgelöst hat. Das Gespenst, das in Europa umgeht, ist das Gespenst des Expertentums.**

**Gemma kam ohne große Probleme mit dem Pass ihrer Schwester von den Philippinen nach England. Diese war bereits vor vier Jahren "illegal" ausgewandert, hatte sich als Hausmädchen in London durchgeschlagen und in Zusammenarbeit mit einer Unterstützungsgruppe der "domestic workers" schließlich ihre Legalisierung erstritten.**

**Karim hatte nicht damit gerechnet, daß ihm die Leute in Tarifa so gut weiterhelfen würden. Er hatte kaum Geld, als er aus Algerien abhaute, die Überfahrt auf der patera war gefährlich, doch jetzt war er in Paris bei Freunden.**

**Die Familie Surani mußte, nachdem sie endlich den Iran Richtung Türkei verlassen hatten, den Umweg über Kiew nehmen, um nach Hamburg zu gelangen. Die Schlepper waren teuer, aber fair, die zwei Kinder reisten zum halben Preis quer durch Osteuropa.**

**Li schaffte es beim zweiten Versuch im Schnellboot über den Kanal von Otranto und ist heute einer der berühmten "7000 unsterblichen Chinesen von Florenz". In der diese Zahl umfassenden legalen Community wurde nie ein Todesfall gemeldet - warum sollte man auch ein gültiges Aufenthaltspapier verfallen lassen?**

Es war der zuständige EU-Kommissar Antonio Vitorino höchstpersönlich, der im Sommer 2000 offiziell bekanntgab, Europa habe den Kampf um »Nullmigration« verloren. Mindestens 500.000 illegale Einwanderungen pro Jahr haben das Gerede von der Festung Europa zur Farce werden lassen. Vitorinos Vorschlag: Was nicht verhindert, müsse wenigstens gesteuert werden. Als das vielzitierte Boot auf einmal nicht mehr voll sein sollte, kam das Gespenst von den Experten also gerade recht. Dennoch wirkt es, als wüßte niemand so genau, wer diese Experten überhaupt sein sollen, dafür aber umso besser, wem sie schaden oder nutzen. Experten seien nützliche MigrantInnen, sagen die einen. Experten seien Lohndrücker, sagen die anderen. Experten würden Renten sichern oder Kindern gut bezahlte Jobs vor der Nase wegschnappen. Die Verwirrung ist groß und nicht einmal eine eigens einberufene Expertenkommission kann für Klarheit sorgen.

### Was ist ein Experte?

Die Bundesregierung zum Beispiel glaubt, einen Experten daran erkennen zu können, dass er über 100.000 Mark im Jahr verdienen wird oder wenigstens über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügt. Experten selbst können über derart verkürzte Darstellungen nur lachen. Denn: Experte werden, ist nicht schwer. In Hyderabad werden Menschen von der Straße weg in wenigen Wochen zu Computer-Experten geschult. Entscheidendes Auswahlkriterium ist für die Personalchefs und Headhunter-Agenturen der »Hunger in den Augen«. In USA und Europa arbeiten unzählige Menschen in unterbezahlten Jobs der neuen Dienstleistungsindustrien und bringen sich nach oder während der Arbeitszeit gegenseitig Programmieren bei. Eines ist unbestritten: Experten sind heute auf Feldern tätig, in denen es vornehmlich um Information und Kommunikation geht: Strategische Positionen, auf denen der Tauschwert des Arbeitsproduktes zunehmend irrelevant wird und eine gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht mehr auszumachen ist. Resultat sind krasse Unterschiede in der Entlohnung teilweise identischer Tätigkeiten. Während prekäre Arbeitsverhältnisse hemmungslos um sich greifen, werden gleichzeitig und oft sogar an denselben Stellen Experten gesucht, die sich auf einen selbstbewussten Umgang nicht nur mit Technologie verstehen, die sich zu helfen wissen und bereit sind, dieses Wissen anderen zur Verfügung zu stellen.

### Vergesst die Technologie!

Der Rat der Experten lautet nun: »Vergesst die Technologie! Die Zukunft sind wir selbst.« Experten sind Menschen, die auf einem gewissen Gebiet eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt haben. Erfahrung heißt, in unterschiedlichen Zusammenhängen Veränderungen zu erleben. Diese Erfahrungen machen in ihrer Gesamtheit weit mehr als die Summe der einzelnen Ergebnisse aus. Sie drücken eine Fähigkeit aus, sich auf unterschiedliche Situationen einstellen und darin behaupten zu können. Expertentum bedeutet in erster Linie also soziale Auseinandersetzungsbereitschaft. Italienische Linksradikale haben schon in den 70er Jahren prognostiziert, dass auch gewöhnliche ArbeiterInnen und Angestellte bald außergewöhnliche kommunikative und intellektuelle Fähigkeiten entwickeln

werden, um den Aufgaben und Herausforderungen gerecht zu werden, mit denen sie innerhalb und außerhalb der Arbeitszeit konfrontiert sind. Ein dramatischer Wandel des Arbeitsbegriffs, der Arbeitswelt und der Subjektivität der ProduzentInnen.

Schließlich könnte nicht der Sozial-, National- oder Sonstwas-Staat, sondern das kapitalistische Konzept von Lohnarbeit durch die technologischen Entwicklungen und die Migrationsbewegungen in die Krise geraten: eine Krise der Arbeitskraft als Ware. Je weniger bemessbar und berechenbar der Wert einer Tätigkeit ist, je wichtiger für die Produktivität weder kalkulierbare noch erzwingbare noch gar verallgemeinerbare Effekte wie Intuition, Kreativität und Einfühlungsvermögen werden, umso deutlicher wird, was zunächst wie eine Übertreibung wirken mag: Jeder Mensch ist ein Experte! Jeder Mensch spezialisiert sich im Laufe eines Lebens, und eben die Vielfalt dieser besonderen Erfahrungen machen Reichtum und Produktivität sozialer Praxis aus.

### Globale Freizügigkeit

Gut ist, was nützlich ist; und nützlich ist im Sinne des klassischen Utilitarismus, was größtmögliches Glück für die größtmögliche Anzahl von Menschen herstellt. Allgemeine Freizügigkeit, die im Moment ein Glück für nur wenige darstellt, ist aber nichts, was großzügigerweise oder selektiv gewährt werden könnte. Das Recht auf globale Bewegungsfreiheit ist das Recht der Menschen, selbst zu entscheiden, wo sie leben wollen und wie. Dieses Recht kann nur erkämpft werden, und dieses Recht eignen sich die Menschen in einem fort und aus den verschiedensten Gründen an, die nur sie selbst etwas angehen. Experten werden überall gebraucht und werden sich das Recht nicht nehmen lassen, sich überall dort aufzuhalten, wo es ihnen geboten scheint. Es ist zwecklos, ihren Nutzen beschränken zu wollen, von vorneherein festzulegen, lokal oder temporär zu begrenzen. Jeder Mensch ist ein Experte! bedeutet nicht zuletzt ein global angelegtes Experiment. Es meint die Gesamtheit aller produktiven Praktiken und würdigt deren Verschiedenheit und Einzigartigkeit - und zwar unabhängig von oder im krassen Widerspruch zu ihrer kurzfristigen Verwertbarkeit unter dem Kommando stumpfsinniger Lohnarbeit.

## Autonomie

**Zahllose Menschen sind an den Grenzen gescheitert, verzweifelt, ums Leben gekommen, auf der Strecke geblieben - im wahrsten Sinne des Wortes. Viele bezwingen trotzdem die vermeintliche Festung Europa, auf sich allein gestellt oder mit Hilfe aus den Communities. Expertinnen im Überlebenskampf, in Start-Ups ohne Netz und doppelten Boden.**

»Der Zirkulation des Kapitals und der Waren kann eine einzige regulierende Grenze gesetzt werden, die nicht rein defensiv wäre: die selbstbestimmte Mobilität des Menschen.« Was Yann Moulier Boutang Anfang der 90er Jahre feststellte, scheint in diesen Wochen und Monaten aktueller denn je. Leitlinien für eine regulierte Zuwanderung zu erfinden, war die Aufgabe einer Expertenkommission, die aus der Lobby des Bundestages zusammengesetzt wurde. Expertinnen in Sachen Flucht und Migration fanden in diesem Gremium weder Gehör noch Stimme. Soviel Inkompetenz und Stellvertreterpolitik hat durchaus Methode. Schließlich geht es in der gesamten Einwanderungsdebatte hauptsächlich darum, zu unterschlagen, dass die gegenwärtige Dynamik in erster Linie von denen in Gang gesetzt wurde, die nun fast drei Jahrzehnte mit aller Gewalt bekämpft wurden: legale und illegale EinwandererInnen, die ihr Recht auf Freizügigkeit in die eigene Hand genommen haben.

### Deutschsein genügt nicht

Doch der Reihe nach: Schon wenige Wochen nach der Regierungsübernahme schlitterte die rot-grüne Koalition in einen Eklat mit gewaltigen Auswirkungen. Millionen deutscher Bürgerinnen und Bürger übten sich als ExpertInnen in Sachen Staatsbürgerschaft. Mit ihren Unterschriften kippten sie im Rahmen einer CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit den Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung. Ein Jahr später, pünktlich zur Eröffnung der Cebit 2000 jagte der Bundeskanzler dann dem Wahlvolk einen gewaltigen Schreck ein: Arbeitsplätze hätten von nun an etwas weniger mit der Nationalität als vielmehr mit Kompetenz zu tun. Kompetenzen, die die Konzerne sich im 21. Jahrhundert in aller Welt besorgen müssen. Identitätspolitische Ansätze sind diskreditiert - Deutschsein allein genügt offenbar nicht mehr.

Um diese Hiobsbotschaft einigermaßen verdaulich zu machen, haben des Kanzlers Spindoctors der Deutschen liebste Kinder adoptiert: Sie heißen Rente, Fortschritt, Produktivität. Damit die Anpassung bundesrepublikanischer Wirtschaftsstandards an globale Maßstäbe nicht an völkischen Vorbehalten scheitert, mußte sie geschickt verpackt unter Volk gebracht werden. Eine Kampagne für Deutschlands Poolposition in der Formel 1 des technologischen Fortschritt, gegen die antimodernen Resentiments und Neonazi-Terror war der Schlag des Antifa-Sommers 2000. Schon einmal, im Jahre 1984 waren die Deutschen vom Aussterben bedroht. Doch erst im Jahr 2000 kann die Gefahr gebannt werden: Expertinnen braucht das Land, damit unsere Renten sicher bleiben.

Der Taktstock von WTO, IWF und Weltbank regiert nicht nur in der »Drten Welt«, sondern dirigiert auch den Modernisierungsdruck auf die alteingesessenen europäischen Wirtschafts- und Sozialordnungen. Die Deregulierung sozialer und tariflicher Standards läuft auf Hochtouren. Transnationalen Finanzmärkte fordern den Zugriff auf die Versicherungskassen der Lohnabhängigen und deren Privatisierung.

Neue Produktionszyklen- und prozesse verlangen nach internationalen und mobilen Belegschaften, die dem zunehmend entfesselten kapitalistischen Konkurrenzkampf gewachsen sind. Doch im Bewußtsein der Masse der Gewerkschaftsfunktionäre und ihrer Stammebelegschaften ist die Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen noch nicht angekommen. Nach wie vor reagieren Arbeitervertreter in erster Linie national borniert und entsolidarisierend auf diese Veränderungen, anstatt sich auf MigrantInnen als *working class heroes* der Globalisierung, die *working poor* und immateriellen ArbeiterInnen zu beziehen.

Wenn offene Grenzen nicht einfach nur das Recht auf Ausbeutung oder Konkurrenz für jeden sein sollen, ist eine radikale Kritik des fordistischen Arbeitsethos notwendig; eine Neubestimmung von sozialer Produktivität und Interaktivität diesseits und jenseits der flüssigen Grenzen kapitalistischer Ausbeutungsregime; eine Globalisierung der Rechte durch untereinander vernetzte Kämpfe international zusammengesetzter Belegschaften, Communities, Bewegungen. Die Annahme, dass alles bleibt, wie es ist, obwohl die Grundsteine der alten Ordnung erodiert oder abgetragen worden sind, mag der Hauptgrund für den Mehltau auf den gesellschaftlichen Verhältnissen hierzulande sein.

### Globalisierung der Rechte

Die Menschen auf dieser Welt zu sortieren in angeblich Nützliche und Nutzlose, in Shareholder und Besitzlose wird durchgesetzt durch unzählige Techniken der Differenzierung, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung. Vor diesem Hintergrund ist Solidarität mit MigrantInnen und Flüchtlingen dieselbe Selbstverständlichkeit wie die Kritik an den Institutionen der Weltwirtschaft. The *People of Seattle*, Expertinnen des Aufruhrs, sind die Vorboten der globalen Kämpfe um politische, soziale und Menschenrechte. Ganz zu schweigen von der Umwälzung längst überkommener Verhältnisse, in denen ein Mensch des anderen Menschen Feind ist. *Globalisation of rights* und *Freedom of movement* werden zu Fixpunkten der internationalen Kommunikation zwischen sozialen Kämpfen. Die Quizfrage aber lautet: Wo und wann werden die Expertinnen des blossen Überlebens und der Aneignung elementarer Rechte sich mit den Expertinnen des Protestes treffen, wie werden die Expertinnen in Sachen Information und Kommunikation mit Expertinnen für Streiks und Revolten zusammenfinden, welche utopischen Allianzen und alltäglichen Kooperationen werden daraus entstehen?









jeder mensch ist ein experte! jeder mensch ist ein experte!

# Westerweiterung

**Die Rückkehr nach Europa, inzwischen praktisch gleichgesetzt mit dem Beitritt zur EU, gilt seit dem Ende des Sowjetblock als entscheidendes Transformationsziel im herrschenden Diskurs Ostmitteleuropas. Allerdings befindet sich auch Westeuropa im Übergang, nämlich zum europäischen Wettbewerbsstaat. Wir wollen dessen Funktion kurz umreißen, um zu klären, was für einem Verein die OstmitteleuropäerInnen da beitreten wollen oder sollen.**

Durch De- und Reregulierung, Privatisierung und die Durchsetzung des Vorrangs finanzieller Stabilität soll ökonomische Modernisierung gefördert werden, zu der auch die europäische Innovations-, Informations- und Infrastrukturpolitik beitragen soll. Dagegen bleibt die demokratische und soziale Ausgestaltung Europas stets zweitrangig. Maßnahmen wie die Ausdehnung der Fördertöpfe für Struktur- und Regionalpolitik auf die südeuropäische Peripherie dienen dabei auch der Herstellung von Konsens der betroffenen Bevölkerungsteile. Struktur- und Regionalpolitik verfolgen aber letztlich weniger einen solidarischen Ausgleich zwischen verschiedenen Regionen und die Schaffung gleicher Entwicklungsmöglichkeiten, sondern fördern selektive Modernisierung durch den Aufbau europaweiter Standortkonkurrenz.

## Expertenetze

Sie ist insofern kein Gegengewicht zur neoliberalen Restrukturierung, sondern ein Unterstützungsprogramm für Betriebe der Peripherie mit relativen Standortvorteilen, wie z.B. die Softwareindustrie in Irland. In dem neu entstehenden Quasi-Staat EU (manchmal als Föderalismus ohne Zentrum oder politisches Mehrebenensystem beschrieben) dominieren die Exekutive (Europäischer Rat, EU-Kommission), Expertenetzwerke (insbesondere im Bereich Repression und Migration, Beispiel Schengener Abkommen) und industrielle Lobby-Gruppen (European Roundtable of Industrialists) die Entscheidungen. Der Einfluss des Europäischen Parlaments ist vergleichsweise gering, das Fehlen einer europaweiten Öffentlichkeit und europaweit vernetzter handlungsfähiger Initiativen (Gewerkschaften, soziale Bewegungen) reduziert die Möglichkeit drastisch von unten zu handeln.

Die Politik der EU gegenüber Ostmitteleuropa ist eine selektive Einbindung auf der Basis ökonomischer Macht und durch das Setzen politischer Bedingungen. Die neoliberale Deregulierungspolitik wird von den ostmitteleuropäischen Ländern übernommen, während ihnen die oben erwähnten Ausgleichsmechanismen vorenthalten werden. Damit wird letztlich die Peripherisierung der Beitrittskandidaten vorangetrieben. Dieser Prozess lässt sich in drei Phasen einteilen:

### Assoziierungsphase 90 bis 93

Durch verschiedene Programme wie PHARE und die sogenannten Europa-Abkommen versuchte die EU direkt nach dem Umbruch die Transformationsprozesse zu beeinflussen. Neben und nach der Auflösung des RGW (2) war der Aufbau eines Nabe- und Speichensystems mit der EU als Mittelpunkt (und Deutschland als Hauptprofiteur) ein Grund für den Zusammenbruch regionaler Wirtschaftsbeziehungen in Ostmitteleuropa. Alle Länder der Region sind inzwischen außenwirtschaftlich extrem auf die EU bezogen, wobei die meisten ein Handelsbilanzdefizit gegenüber der EU aufweisen, also mehr Waren von der EU kaufen als sie in die EU verkaufen. Dies ist auch auf eine protektionistische Politik der EU in Bereichen zurückzuführen, in denen die ostmitteleuropäischen Länder konkurrenzfähig produzieren konnten. Erst auf dieser Basis leitete dann der EU-Gipfel in Kopenhagen 1993 die zweite Phase der Einbindung ein.

### Heranführungsphase 94 bis 97

Die sogenannten Kopenhagen-Kriterien, die auch heute die Beitrittsverhandlungen determinieren, umfassen vor allem drei

Bereiche: -1.) »politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte«, - 2.) »eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck der EU standhalten zu können«, - 3.) die Übernahme aller bislang in der EU verabschiedeten Gesetze und Regelungen (dies ist der sog. *acquis communautaire*), bei denen bezeichnenderweise zunächst der freie Personenverkehr und die Agrarpolitik ausgeklammert wurden. Dieser Zwang zur Übernahme der EU-Regelungen verhindert auf die jeweiligen Länder zugeschnittene Strategien einer nachholenden Entwicklung. Ein viertes Kriterium, nämlich die Fähigkeit der EU selbst, neue Mitglieder aufzunehmen, wurde erst in Nizza im Dezember 2000 mehr schlecht als recht erfüllt.

### Konkrete Beitrittsperspektiven

Zunächst waren die sog. Beitrittspartnerschaften das entscheidende Politikinstrument, mit denen die EU zum zentralen Akteur der ostmitteleuropäischen Transformation wurde. Mit Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zunächst mit fünf (3), später dann mit weiteren fünf (4) ostmitteleuropäischen Kandidatenländern wird der Hebel angesetzt, diese Länder auf ein spezifisches Reformmodell zu verpflichten, das letztlich radikaler ist als das Modell der EU selbst. In den 90er Jahren hatte weder die Linke in Deutschland noch die in Europa diesem Projekt etwas entgegenzusetzen. Zwar gab es schon beim EU-Gipfel in Essen 1994 erste Proteste, aber jenseits eines in Teilen zweifelhaften, weil uninformatierten Gipfelhoppings, regt sich bislang wenig effizienter Widerstand. Auch Göteborg war da keine Ausnahme.

### Osterweiterung und Migration

Das einzige Politikfeld im Rahmen der Osterweiterung, mit dem sich linke Gruppen bislang kritisch auseinandergesetzt, dabei Widerstand geleistet und Aktionsformen teils neu entwickelt haben, ist der Kampf gegen den Aufbau der Festung Europa. Die Aufrüstung vor allem der deutschen (aber auch z.B. der spanischen) EU-Außengrenze, die Illegalisierung von MigrantInnen und die Abschiebepaxis - vor allem via Lufthansa - werden teilweise bis ins linksliberale Lager wahrgenommen und kritisiert.

Zu einer der derzeit wichtigsten Debatten im Rahmen der Osterweiterungsdiskussion, der Frage nach der Freizügigkeit für OsteuropäerInnen nach einem EU-Beitritt, gibt es allerdings wenig explizite Äußerungen der Linken. Damit ist eine Diskussion gemeint, die in der BRD zumindest scheinbar seit dem letzten Sommer existente Positionen in ihr Gegenteil verkehrt hat. Sol-



len nach dem EU-Beitritt OsteuropäerInnen überall in der EU arbeiten dürfen oder ist das wegen der angeblichen Gefahr von Lohn-Dumping dem westeuropäischen Arbeitsmarkt nicht zuzumuten? Teile der gewerkschaftsnahen Linken tun sich mehr als schwer mit der Forderung nach dem Verzicht auf Übergangsfristen bei der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit. Die Kopplung dieser Frage von der deutschen Politik mit der Forderung nach dem Recht für EU-BürgerInnen, in den EU-Beitrittsländern Land kaufen zu dürfen (v.a. erhoben von Vertriebenenverbänden) wird nur selten thematisiert, geschweige denn angegriffen. Gleichzeitig wird z.B. in Polen und Tschechien die Freizügigkeitsdebatte eher undramatisch diskutiert, weil diejenigen, die in Westeuropa arbeiten wollen, dies bereits als PendelmigrantInnen realisiert haben. Allerdings wäre eine Einschränkung dieser Möglichkeit für viele Menschen in Osteuropa katastrophal, weil das Überleben in der Familienökonomie durch die Nutzung verschiedener Einkommensquellen von verschiedenen Personen gesichert wird - eine wichtige ist eben die Pendelmigration nach Westen.

### Intervention



Nicht viel besser als in Westeuropa steht es in Ostmitteleuropa um den Kampf gegen das neoliberale Projekt. Während sich die Eliten europafreundlich geben, liegt die Zustimmungsrate zum EU-Beitritt in den meisten Ländern bei etwa 50% der Bevölkerung. Entschiedenen Widerstand leisten jedoch hauptsächlich nationalistische und konservative Gruppierungen, während linke und emanzipatorische Bewegungen Mühe haben, sich von diesen in ihrer EU-Kritik abzusetzen. Nichtsdestotrotz kann eine Kritik an und Widerstand gegen das neoliberale Projekt der EU nur gemeinsam mit diesen noch marginalen Bewegungen in den Beitrittsstaaten entwickelt werden. Der Kampf gegen den weiteren Ausbau der Festung Europa und die Verlegung ihrer Mauern nach Osten ist dabei genauso wichtig wie die Kritik der sozialen Spaltungen, die die EU-Politik in den Gesellschaften Ostmitteleuropas bewirkt. Vor allem Frauen, Ältere und Menschen aus ländlichen Gebieten bilden die HauptverliererInnen der Transformation, ohne jedoch bisher gemeinsame Kampfformen entwickelt zu haben.

Nicht zuletzt ist es für westeuropäische Linke wichtig zu erkennen, dass in den Beitrittsländern möglicherweise neoliberale Politiken erprobt werden, die später EU-weit Anwendung finden könnten, wie z.B. die Privatisierung von Sozialversicherungssystemen. Dabei geht es unserer Meinung nach nicht um die Frage, ob wir für oder gegen die Osterweiterung sind, sondern um die Entwicklung gemeinsamer fundierter EU-Kritik. Die Ost-West-Zusammenar-

beit ist wegen Sprachproblemen, unterschiedlicher politischer Sozialisation und insbesondere unterschiedlichen Erfahrungen mit und Vorstellungen über sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsmodelle mehr als schwierig. Dennoch kann sie Früchte tragen, wenn es gelingt, Kampagnen zu initiieren und Strukturen zu schaffen, die jenseits dieses noch immer vorhandenen Ost-West-Gegensatzes vor allem eins im Auge behalten: Der Widerstand gegen das EU-Projekt muss antikapitalistische und antirassistische Positionen verbinden und darf die Geschlechterfrage nicht ausblenden.

Osteuropa-AG, Berlin

osteuropa-ag@web.de

1 Ostmitteleuropa bezeichnet - etwas vereinfachend - die Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages einschließlich der baltischen Staaten, aber ohne die anderen osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion

2 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe - die Organisation für ökon. Kooperation der »realsozialistischen« Länder

3 Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Estland, Slowenien

4 Litauen, Lettland, Slowakei, Rumänien, Bulgarien





jeder mensch ist ein experte! jeder mensch ist ein experte!

# Welche Grenze?

**Hat die Grenze überhaupt eine Bedeutung? Wenn ja, wo ist dieser schicksalhafte Punkt, hinter welchem sich Leid, Müdigkeit, zerstörte Leben und manchmal unerfüllte Liebe befinden? In unseren Tagen werden Grenzen hingenommen wie sie gegeben sind. Der Grund ist recht trivial: das Bedürfnis, eine Gruppe von Menschen von einer anderen Gruppe zu trennen, ein Individuum vom anderen. Warum?**

Erste Erfahrungen einer Frau, die ihr Land verlassen hat: Für ex-sowjetische Frauen beginnt die Grenze bei den EU-Botschaften im Heimatland. Schlangen von Hunderten von Menschen, ständige Kontrollen der Reihenfolge, Sehnsüchte und Spannungen, Umgang mit der versteckten Arroganz der Botschaftsangestellten. Der Halt in der Menschenschlange ist eine kleine Hoffnung, dass heute die Chance kommt, in das zauberhafte Botschaftsgebäude transportiert zu werden. Mit jedem weiteren Tag hasst sie dieses EU-Auftragsgebäude mehr, so wie es auch unerreichbarer wird und die EU Grenze bereits hier verkörpert.

## Gesetze des Dschungels

Gekünstelt freundliche Repräsentanten einer Botschaft, die ihr den Zugang verweigern, weil sie nur eine begrenzte Menge von BewerberInnen täglich bearbeiten. Mit jedem Tag wird die Möglichkeit hineinzugelangen realer und am Ende sogar realistisch. Aber gleichzeitig bemerkt sie, dass dieser Wunsch schwächer wird, denn sie gewöhnt sich an das Schlangestehen und vermisst sogar die Menschen, mit denen sie dort die letzten Tage verbrachte. Im Gedächtnis haften bleiben ihr die Namen, weil sie diese so oft während der Kontrollen gehört hatte.

Kleine Kinder bei sich zu haben bringt ihr keinen Vorteil (wie es in alter sowjetischer Tradition üblich war). Mit der Nähe zur EU werden die neuen Gesetze des Dschungels eingeführt: jeder Mensch ist »gleich« in seinen Chancen, welche gleichzeitig marginal werden. Endlich die Freude, drinnen zu sein! Doch rhetorische Fragen wie »Was werden Sie in der EU tun?« hören sich eher an wie »Was haben Sie hier verloren?« und zerstören ihre Illusionen über die Gastfreundschaft der Europäischen Union. EU-Kampagnen für die osteuropäischen Beitrittsländer verlieren ihren Charme bereits hier. Die Botschaftsrepräsentanten tun sich schwer, einen höflichen Ton im Interview mit einer Bewerberin beizubehalten, wenn in ihren Augen bereits zu lesen ist: »Lady, wir wissen a priori alles über deine Pläne. Du bist eine Prostituierte oder in der besseren Version: du willst einen westlichen Mann heiraten. Wir werden unser bestes geben, um dich davon abzuhalten«. Selbst die Bestätigungen von offiziellen Arbeitsbesuchen ändern kaum etwas an diesem demütigenden Vorurteil.

Nach einigen zusätzlichen Aktivitäten wie dem Besorgen von zusätzlichen Papieren,

Fax und 50 Euros sind die Hürden überwunden. Drei Monate, um dein Recht auf Bewegungsfreiheit zu befriedigen. Plötzlich ein neuer Horizont, der normalerweise nicht sichtbar ist. Marginalisiert durch die eigene Gesellschaft (kein Job, keine Bezahlung, verborgene Obdachlosigkeit nach der Scheidung, mangelnde Möglichkeiten der Verwirklichung im korrupten System der New-Business-Machos der Macht) versucht die Frau Selbstverwirklichung außerhalb dieser Limitierungen zu finden. Die verbotene Frucht auf der anderen Seite der EU Grenze weckt Evas Instinkt, sie auszuprobieren. Moralisches und arrogantes Bedrängen an der EU-Grenze durch die Grenzpolizei ist eine speziell demütigende Fortsetzung der Botschafterfahrung. Drei Monate, um die Welt auf der anderen Seite zu entdecken, die sich in bewölkten Erfahrungen niederschlagen. Die Schwierigkeiten im Umgang mit den neuen Regeln der kapitalistischen Gesellschaft sowie dem schockierenden Luxus des öffentlichen Raums und der Armut der sozialen Interaktion zu begegnen.

## Neue »Anarcho-Feministinnen«

Strikt getrennt vom EU-Raum versuchen Frauen die weniger harten Hürden innerhalb der ex-sowjetischen Blockstaaten zu nehmen. Die Attraktivste in dieser Optionsliste war bisher die Tschechische Republik. Nun verlangt die EU den »Normalisierungsprozess« der Beitrittskandidaten. Das erhöht die Spannungen in der Gesellschaft, die eigene Stube sauber zu halten. Die das zuerst am eigenen Leib spüren, sind diejenigen, die bereits sehr unter Druck sind. Marginalisierte Frauen aus dem ex-sowjetischen Gebiet. Ihr Bedürfnis zu Sprechen bringt sie zum Kommunizieren in die öffentlichen Sphären, was auf Grund des starken russischen Akzents nicht immer eine Freude am Üben ist. Russen als das kollektive Image aller ex-Sowjets sind nicht sehr willkommen und eher abgelehnt. Dadurch bleibt sie eher in ihrer Wohnung, um zusätzliche negative Begegnungen mit der lokalen russophoben Gesellschaft zu vermeiden.

Sie muss auch etwas Geld sparen, um zu Hause so gut wie möglich ihre Eltern, Verwandte und Freunde zu unterstützen. Das leistet sie durch das Herunterschrauben ihrer eigenen Bedürfnisse. Ex-sowjetische Frauen verdienen bei einem tschechischen Arbeitgeber viel weniger als Tschechinnen. Sie ist Kapitän einer neuen Erfahrung. Sie hat darauf gedrungen, unabhängig zu sein und finanziell selbstständig. Sie kommt in die Position einer »Anarcho-Feministin« umständehalber. Dafür hat sie niemals irgendein feministisches oder anarchistisches Buch gelesen. Vielleicht wird sie sogar innerlich dem Wort »Anarcho-Feministin« widerstehen. Was jedoch klar ist: sie folgt den Wegen eines autonomen, marginalisierten Subjekts.

## Legalisierung des Lebensstatus

Neue Ausländergesetze der Tschechischen Republik sind ein Halsabschneider-Werkzeug im Umgang mit MigrantInnen geworden. Niemand kann mehr vom gegenwärtigen Aufenthaltsort ein Visa beantragen. Der einzige mögliche Weg ist die tschechische Botschaft im Heimatland. Die Antragsprozedur dauert sechs Monate. Ein Kind, das in der tschechischen Republik geboren wurde, muss das Land verlassen, um dann ein Visum für einen Aufenthalt in Tschechien zu beantragen. Tausende von Frauen müssen so das Land verlassen, um ihre neugeborenen Kinder zu legalisieren oder den Familiennachzug zu starten. Es ist für alleinstehende Frauen unsäglich, gerade wenn Väter die Auflagen nicht erfüllen (mit dem Kind für die Antragsstellung umziehen und seinen Pass für das Kindesvisum zur Verfügung stellen).

## Unvermeidbare Kontrollen

In die Illegalität gezwungen durch die strengen und kostspieligen Visa-Bestimmungen findet sich die Mehrheit der Frauen in der nächsten Falle. Die Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Polikliniken

stellen eine große Informationsquelle über jegliche Aktivitäten illegalisierter Frauen dar. Die Angestellten sind verpflichtet auf Nachfrage der Ausländerpolizei jede Information über den Aufenthalt von Ausländern mitzuteilen. So werden Frauen und im besonderen Frauen mit Kindern dazu genötigt, diese luxuriösen Möglichkeiten der Gesellschaft abzulehnen und entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu behalten. Die andere Möglichkeit ist, sie außerhalb des Landes oder im Heimatland bei Verwandten zu lassen.

## Gesundheitssystem

Die so beliebte Krankenversicherung kann zusehends selbst von denjenigen nicht mehr bezahlt werden, die sich die offizielle Visaprozedur leisten können. Das Ausländergesetz sieht die Zahlung eines Jahresbeitrags im Voraus vor. Tschechische Bürger bezahlen monatliche Beiträge, die erschwinglich sind. Der Ausweg aus diesem Dilemma: eine billige lokale Versicherung, die die Ausländerbehörde, aber nicht die Ärzte befriedigt. Am Ende sind ex-sowjetische Kinder - wie auch ihre Mütter - von der Gesundheitsversorgung meistens ausgeschlossen.

Ein Rettungsanker ist es, Asyl zu beantragen. Der Status einer/s Asylsuchenden erlaubt soziale Unterstützung, kostenlose Gesundheitsversorgung und einen Aufenthalt bis zur Entscheidung über den Antrag. In Flüchtlingsunterkünften sind Frauen wiederum der Gefahr ausgesetzt, durch Drogendealer oder Zuhälter missbraucht zu werden. Unglaublich geringe Unterstützungszahlungen an weibliche Asylsuchende und die Unklarheit über den zukünftigen Verbleib treiben sie in die Hände von denen, die ihre Körper verkaufen, ihre Arbeit für den Drogenhandel oder andere Schwarzmarktaktivitäten nutzen. Der Prozentsatz der Frauen in solchen Flüchtlingsunterkünften steigt mit jedem Jahr. Die Reaktionen der tschechischen Offiziellen folgen dem Vorbild anderer EU-Länder: Strengere Regeln im Asylverfahren und schnellere Abweisung der abgelehnten Asylbewerber als noch üblich (bisher 90 Tage bis zu einem Jahr).

## Die verkümmerten Gefühle

In einem sozialistischen Staat aufgewachsen, der mit seinen Prinzipien gescheitert ist, bleibt der ex-sowjetischen Frau, was sie sich in dem sozialistischen Bildungssystem angeeignet hat. Sie tendiert dazu, ihre Identität zu bewahren in der Art wie sie sozialisiert wurde. Aber bei ihren Grenzüberschreitungen findet sie sich in neuen Umständen wieder, in denen gegensätzliche Prinzipien gelten. Ihre Werte wurden hauptsächlich durch die alte Art der patriarchalen Männer geprägt, die den neuen feministischen Trends in ihren Gesellschaften am liebsten entfliehen würden. Nun war die ex-sowjetische Frau mit noch hässlicheren Machos konfrontiert, die der individualistischen Gesellschaft entspringen. Sie präsentieren eine Mischung aus ihren Ängsten vor Abhängigkeit in Beziehungen und dem Wunsch, ihre Partnerinnen zu manipulieren. Die Internet-Partnervermittlungen, die jeden Tag riesige Datenmengen solcher potentiellen Frustrationen transportieren, sind ein Resultat einer langjährigen Grenz- und Trennungspraxis. Aber selbst wenn Beziehungen funktionieren würden, die Grenze würde alles mögliche schmälern und die Frau wird diejenige sein, die letztendlich mit den Konsequenzen umgehen muss, da ihre Gefühle zu kurz kommen.



# eBorder

**Wenn sich ein ehrwürdiges Unternehmen wie die Bundesdruckerei den Herausforderungen der Globalisierung stellt, kann das erstaunliche Blüten treiben. Der ehemalige Staatsbetrieb, der längst nicht mehr nur Geld und Pässe druckt, bietet einen Service, der voll im Trend liegt: »Ganzheitliches Bordermanagement«.**

Mit "e-border" wär das bestimmt nicht passiert: Mehrere Stunden wurde Makongoro Nyerere am 20. Februar auf dem Münchner Flughafen von Beamten des Bundesgrenzschutzes festgehalten. Der Sohn des ersten tansanischen Präsidenten war auf Einladung des Münchner Kulturreferats angereist, um an einer Konferenz im Rahmen von Okwui Enwezors Ausstellung "Short Century" über Menschenrechte zu referieren. Doch der BGS musste erst einmal eingehend prüfen, ob kein Fall von "Visumserschleichung" vorlag. Sogas kann dauern und in diesem Zusammenhang wurden dann von den Beamten auch eher grundsätzliche Fragen aufgeworfen wie: "Was will der hier überhaupt, der Schwarze aus Afrika?" Nyerere hatte Glück, dass ihn seine Abholerin, eine Vertreterin des Kulturreferats nach über zwei Stunden endlich ausfindig machen und aus dem Polizeigewahrsam befreien konnte. Das Münchner Kulturreferat prüft nun rechtliche Schritte und Oberbürgermeister Ude verlangt eine Aufklärung des Vorfalls.

## Racist Profiling

"Racial Profiling" heißen solche Polizeimethoden im angelsächsischen Sprachraum und selbst US-Präsident Bush wies kürzlich seine Administration an, nach geeigneten juristischen Schritten zu suchen, um Kontrollen auf der Basis einschlägiger ethnischer Vorurteile zu stoppen. Auch in der EU gibt es eine Richtlinie, nach der derlei Diskriminierungen eigentlich als Dienstvergehen geahndet werden müssten. Nicht in Deutschland und erst recht nicht an Flughäfen, Bahnhöfen oder wo sonst noch die zur Schleierfahndung ausgeweiteten Grenzkontrollen stattfinden. Dort lautet das Prinzip offenbar: Je dunkler der Teint, desto größer die Wahrscheinlichkeit, einige Zeit in Obhut der allgegenwärtigen Grenzschilder zu verbringen. Die Bundesdruckerei scheint hier nun eine Marktlücke entdeckt zu haben. Ihr neues Produkt "e-border" verspricht nichts weniger als eine "Revolution" des Grenzwesens. Dabei handelt es sich um Kontrollen, die mithilfe eines elektronischen "Verifiers" erst richtig effizient gemacht werden sollen und derzeit in ersten Pilotversuchen getestet werden. Der "Verifier" sei ein "intelligentes Lesegerät", das die Echtheit von Ausweisen und Sichtvermerken unmittelbar feststellen kann und außerdem die Kombination mit biometrischen Verfahren, zum Beispiel zur Gesichtserkennung erlaubt.

## Ganzheitlicher Ansatz

"Von der elektronisch unterstützten Organisation der Passagierströme haben alle Beteiligten Vorteile", preist die Bundesdruckerei ihre Grenz-Innovation. "Die Wartezeiten am Check-in Schalter auf Flughäfen und bei Grenzkontrollen verringern sich, die Sicherheitsbeamten werden entlastet." Der Ansatz von "e-border" sei "ganzheitlich", was zunächst einmal daran zu erkennen ist, dass die Bundesdruckerei zugleich Hersteller der Dokumente wie der Überprüfungs-systeme ist und dadurch eine wirklich "einzigartige Kompetenz" aufweist.

Die "Ganzheitlichkeit" der elektronifizier-

ten Grenzen dürfte vor allem darin bestehen, dass Kontrollen künftig in Echtzeit durchzuführen sind. Es gehört nicht viel dazu, vorauszusagen, dass sich dadurch die gesamte Logik der Überwachung verschiebt und es bald nicht mehr darum gehen wird, anhand subjektiver Kriterien Einzelpersonen im Strom der Passagiere Passanten auszumachen, um sie dann einer langwierigen Sonderbehandlung zu unterwerfen. Die Kontrollen werden verdachtsunabhängig, insofern sie alle Passanten gleichermaßen treffen, und ohne, dass diese davon noch viel mitkriegen.

## Nutzerprofile

Darüber, wer sich wo und wie lange aufhalten darf, entscheiden dank "e-border" und jeder Menge anderer Hard- und Software wohl bald neue Profile: Nutzerprofile, die nicht nur alle möglichen Gewohnheiten und Vorlieben enthalten, sondern vor allem über eines Aufschluss geben sollen: Wer nützlich ist und wer nicht. Mithilfe entsprechender "Cookies" dürfte es ein Leichtes sein, sofort den Business-Nomaden, der aus wirtschaftlichen Gründen willkommen ist, von nutzlosen Gesellen zu trennen, die eine Grenze aus eher undurchsichtigen Motiven überschreiten wollen. Gleichzeitig sind derlei Kontrollen heute schon längst nicht mehr auf die Grenzen der Nationalstaaten beschränkt, sondern überziehen Innenstädte, Verkehrsknotenpunkte und überregionale Verkehrswege gleichermaßen wie halb- oder nichtöffentliche Räume, zum Beispiel den Arbeitsplatz. Diese neuen Grenzen sind virtuell, nicht nur weil jederzeit mit einer Kontrolle gerechnet werden muss, sondern der physikalische Raum kurzgeschlossen wird mit Datenbanken und Datenströmen, aus denen die entsprechenden Zugangsberechtigungen bezogen werden. Traditionelle Grundrechte wie Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit werden so immer enger verknüpft werden mit der Frage nach informationeller Selbstbestimmung.

<http://www.bundesdruckerei.de>

<http://fullcoverage.yahoo.com/>

[Full\\_Coverage/US/Racial\\_Profiling/](http://Full_Coverage/US/Racial_Profiling/)

<http://www.muenchen.de/referat/kultur/institute/vistuck/index.htm>

<http://www.hkw.de/deutsch/kultur/2001/jp/black.html>



jeder mensch ist ein experte! jeder mensch ist ein experte!

# Gleiche Rechte

**»Legalisierung aller Illegalen«! Befreiungsschlag, Sackgasse, Sandkastenspiel oder was? Ist der lange Jahre gültige Konsens, der Menschen ohne Papier keinerlei Rechte zubilligt außer dem, schnellstmöglich abgeschoben zu werden, brüchig geworden? Ist die Forderung nach Rechten für Illegalisierte aus dem randständigen Dasein herausgewachsen? Nimmt in der Mehrheitsgesellschaft sogar die Sympathie für die Forderung nach gleichen Rechten zu?**

Auf 57 Seiten hat sich die Deutsche Bischofskonferenz gemeldet: "Leben in der Illegalität in Deutschland - eine humanitäre und pastorale Herausforderung"(1). Festgestellt wird, dass "Menschen ohne Aufenthaltsrecht und ohne Duldung durch faktische Rechtlosigkeit weiteren Bedrohungen, Belästigungen (auch sexueller Art), Erpressungen und Ausbeutungen aller Art ohne ausreichenden Rechtsschutz ausgeliefert sind. Die Durchsetzung ihrer bestehenden Rechtsansprüche ist ein Grundproblem, das sich über alle Lebensbereiche erstreckt." Schließlich postuliert die Bischofskonferenz: "Die Menschenwürde und die daraus abgeleiteten Menschenrechte gelten universal, sind nicht begrenzt auf Staatsangehörige oder Personen mit staatlicher legitimiertem Aufenthaltsstatus, sie binden alle staatlichen wie gesellschaftlichen Akteure in ihrem Handeln." Die Forderungen, die aus diesen grundlegenden Erwägungen abgeleitet werden, richten sich auf den Zugang zum Gesundheitssystem, zum Schul- und Bildungssystem, zur staatlichen Fürsorge in Notfällen (Sozialhilfe) und auf das Recht, Lohnansprüche einzuklagen. Gefordert wird außerdem die weitgehende Abschaffung der Denunziationspflicht nach §76 Ausländergesetz und der Strafandrohung wegen "Beihilfe zu illegalem Aufenthalt". Die Zuwanderungskommission hat der Situation Illegalisierter immerhin drei Seiten gewidmet ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)), das Recht auf Schulbesuch von illegalisierten Kindern wird gefordert bzw. die Abschaffung der Meldepflicht von Schulen gegenüber den Ausländerbehörden (§76 AuslG) und die Straffreiheit von humanitär motivierten Initiativen für Illegalisierte (Einschränkung des §92 AuslG).

## Mehrklassenrecht

Man darf nach solchen Vorlagen davon ausgehen, dass die Diskussion über die Rechte Illegalisierter tatsächlich aus dem Kreis der antirassistischen Zirkel und der kirchlichen oder humanitären Flüchtlingsberatungsstellen herausgetreten ist. Das macht die Sache nicht unbedingt einfacher. Denn gerade die Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz und das Papier der staatlichen Zuwanderungskommission zeigen, dass die staatliche Politik der Illegalisierung von Migranten und Flüchtlingen prinzipiell nicht angetastet, ja in Teilen sogar noch verschärft werden soll. Die propagierte Abkehr vom Ausländerrecht bricht dennoch nicht mit dem deutschen Mehrklassenrecht, in dem es Migranten, Flüchtlinge und Illegale gibt, von denen jede Gruppe schrittweise mehr Rechte vorenthalten bekommt als sie den Deutschen oder Eingebürgerten zustehen. Aus eben diesem Grund findet man im Bericht der Zuwanderungskommission keine Analyse der sozialen Situation von Asylsuchenden, es fehlen Aussagen zur Verteilung, zur Residenzpflicht, zum Arbeitsverbot, zu Sammellagern, zum Sachleistungsprinzip des Asylbewerberleistungsgesetzes und auf den Notfall reduzierter Krankenbehandlung und den hieraus resultierenden katastrophalen psychosozialen Folgen. Und erst recht fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit den rechtlichen Beschränkungen des Asylverfahrens, den niedrig gehaltenen Anerkennungszahlen und der Politik der Sicherung Drittländer - alles Methoden, nicht nur Migranten sondern auch Asylbewerber durch "Recht und Gesetz" zu illegalisieren. Offenbar soll hieran festgehalten werden -

mit breiter Zustimmung all der von diesem Bericht Begeisterten, von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Anwaltsvereinigungen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen?

## Stochern im Nebel

Die in größerem Umfang begonnene Diskussion um die Situation Illegalisierter muss also durchaus nicht zu einer Verbesserung für die tatsächliche Situation Illegalisierter werden; sie kann sogar die staatlichen "Produktionsformen" von immer neuen Illegalisierten festigen. Besonders dann, wenn im Nebel der aktuellen Debatte die wesentlichen Fragen untergehen.

Forderungen für die Rechte von Illegalisierten oder ein Legalisierungskonzept, das grundlegendes Unrecht aufdecken, wenigstens im Einzelfall brechen will und nicht neues Unrecht produziert, muss auf Konfrontation zum staatlichen Illegalisierungskonzept gehen und sollte sich folgenden Zielen orientieren: 1. Das Recht von MigrantInnen und Flüchtlingen dokumentieren und durchsetzen, ihr Leben an dem Ort zu leben, an dem sie es für richtig halten. 2. Das Recht auf Rechte und auf Bewegungsfreiheit gegen das Prinzip der Ausgrenzung und Kriminalisierung setzen und verwirklichen. 3. Das Bündnis mit legalen MigrantInnen suchen und es dadurch erreichen, dass Beschränkungen der (Bewegungs-) Freiheit für legale wie für illegale MigrantInnen (und Flüchtlinge) bekämpft werden. 4. Den Kampf für die Legalisierung als Kampf gegen staatlichen Rassismus und staatliche Ausgrenzung führen. Diese Zielsetzungen sollen Wegmarken darstellen, um im deutschen Diskurs über Einwanderung nicht die Orientierung zu verlieren.

## Zielvorgaben

1) Menschen, die innerhalb desselben staatlichen Territoriums leben, müssen prinzipiell dieselben Rechte genießen. Das Recht auf gleiche Rechte - gestützt durch die UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 und die UN-Konvention zum Schutze von Migranten von 1990 - steht höher als das ohnehin fragwürdige Recht des Staates, sein Territorium von solchen Menschen freizumachen. Es kann nur eine für alle gültige Form von Rechten und Pflichten innerhalb eines konkreten Staates geben und nicht abgestufte Schlechterstellungen für Migranten erster (legale MigrantInnen), zweiter (AsylbewerberInnen) oder dritter (Illegalisierte) Klasse. Daraus folgt, dass Rechte für Illegalisierte nicht unterhalb der Rechte von Staatsbürgern gefordert werden sollten; es geht z.B. um die Aufhebung der Arbeiterlaubnisregelungen für alle Ausländer - nicht um die Hineinnahme von Illegalisierten in diese Verordnung.

## Kein Nützlichkeitsnachweis

2) Forderungen nach einer Legalisierung von Illegalisierten - Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus ins Land gekommen sind oder diesen Status verloren haben - müssen einen dauerhaften Status zum Ziel haben. Die Legalisierung muss außerdem zu den Begünstigten alle rechnen, die sich zu einem konkreten Zeitpunkt im Lande aufgehalten haben (und hier bleiben wollen) - ohne dass sie besondere Nützlichkeits-, bzw. Arbeitsnachweise beizubringen hätten. Das heißt, dass allein der Nachweis des Aufenthalts für die Legalisierung ausreichen muss (was es sogar schon mal gegeben hat; die Legalisierung in Italien Anfang der 90er Jahre verlangte ausschließlich den Aufenthaltsnachweis) und Nachweise z.B. über ein Beschäftigungsverhältnis abzulehnen sind; denn solche Nachweise sind nach den Erfahrungen der sogenannten Altfallregelung (und den Erfahrungen aus Legalisierungen in anderen europäischen Ländern) Ausgangspunkt für die Aussonderung innerhalb der Illegalisierten. Forderungen nach Rechten für Illegalisierte oder Konzepte einer Legalisierung dürfen nicht dazu führen, dass das Prinzip von Ausgrenzung und Kri-

minalisierung an anderer Stelle gefördert wird. Dieses Prinzip muss im Gegenteil erschüttert werden. Das bedeutet z.B., dass die Gesundheitsversorgung für Illegalisierte nicht über ohnehin überlastete mobile Sprechstunden für Obdachlose bewerkstelligt werden sollte, sondern dass Illegalisierte freien Zugang zur gesamten Gesundheitsversorgung haben müssen, ohne dass die Weitergabe ihrer Daten an Ausländerbehörden oder Polizei erfolgen darf.

## Schutz vor dem Staat

Was Legalisierungsforderungen betrifft, so darf es keine Registrierung des Wohn- und Arbeitsorts von Illegalisierten bei ihrer Antragstellung auf Legalisierung geben (auch das ist schon vorgekommen: in Frankreich wurden Legalisierungen Anfang der 80er Jahre vom Arbeitsministerium durchgeführt; die erfassten Daten wurden nicht an die Ausländerpolizei weitergereicht sondern nach Abschluss der Aktion vernichtet). Ziel einer Legalisierung ist der Schutz der Antragsteller vor staatlichem Zugriff und nicht das Gegenteil, die Auslieferung Illegalisierter an das staatliche Abschieberegime. Es geht um eine In-Recht-Setzung von Rechtlosen und nicht um eine Verschärfung ihrer Rechtlosigkeit - auch nicht derjenigen, die aus welchen Gründen immer am Ende der Prüfung nicht in den Genuss einer Legalisierung kommen.

## In-Recht-Setzung

3) Eine Legalisierungskampagne muss staatliche Produktionsmethoden neuer Illegalisierter thematisieren. Zentrale Strafbestimmungen der Ausländergesetze, die Ausländer in die Illegalität drängen, müssen im Rahmen einer Legalisierungskampagne ebenfalls zum Thema gemacht werden; zum Beispiel die Ausweisungs- und Abschiebemöglichkeit von straffällig gewordenen Ausländern, von Ausländern, die Sozialhilfe beziehen oder von Flüchtlingen, die die sogenannte Residenzpflicht verletzen. Denn es handelt sich dabei um Bestimmungen, die dem Grundsatz "Gleiches Recht für Alle" diametral entgegenstehen. Um die Verwirklichung dieses Grundsatzes

muss es aber bei jedem Versuch gehen, den rechtlichen Schutz für MigrantInnen - legal oder illegal - zu erhöhen. Der "In-Recht-Setzung" von Illegalisierten entspricht die "In-Recht-Setzung" z.B. von straffällig gewordenen oder Sozialhilfe empfangenden Ausländern. Die Abschaffung der Illegalisierung z.B. von straffällig gewordenen Ausländern oder ausländischen Sozialhilfeempfängern oder von Flüchtlingen, die die Residenzpflicht verletzen, würde solche Formen staatlichen Nachschubs von Illegalisierten beenden. Eine Legalisierungskampagne muss solche und andere Formen der permanenten Produktion von Illegalisierten ebenfalls angreifen, um zu zeigen, dass es nicht um isolierte und besondere Probleme von Illegalisierten geht.

## Kein Gnadenakt

4) Rechte von Illegalisierten oder die Legalisierung von Illegalisierten dürfen kein ausnahmsweiser Gnadenakt des Staates sein, bei dem seine Ausgrenzungsprinzipien nicht angetastet werden und dürfen ebenso wenig ein Entlastungsakt sein, um sich unnötigen Ärgers zu entledigen. So waren 1996 und 2000 die Altfallregelungen für langjährige Asylantragsteller motiviert: die Entlastung der Verwaltungsgerichte von zu aufwendigen Verfahren war das Ziel.

Aus all dem geht hervor: Es geht weniger um die Gnade humanitärer Mindestgarantien als vielmehr um die Durchsetzung von Menschenrechten. Sicherlich wird es dazu harter Auseinandersetzungen bedürfen, doch allein mit einer kommentierenden Position kommen diese gar nicht erst zu Stande.

Albrecht Kieser

1. [http://dbk.de/presse/fs\\_presse.html](http://dbk.de/presse/fs_presse.html)





jeder mensch ist ein experte! jeder mensch ist ein experte!

# Justice for Janitors

**Maya ist eine junge Mexikanerin, die voller Hoffnung auf ein besseres Leben nach Kalifornien aufbricht. Schlepper helfen ihr über die Grenze, sie kommt in Los Angeles an und findet sogar einen Job: Nachts putzt sie die Büros der Hochhaustürme. Löhne und Arbeitsbedingungen sind skandalös, doch meisten der illegalen EinwandererInnen fügen sich ihrem Schicksal.**

»Bread and Roses«, der neue Film von Ken Loach, der im Herbst auch in Deutschland in die Kinos kommt, handelt von einer Kampagne, die im vergangenen Jahr die New Economy der USA überrollte: »Justice for Janitors« kämpft für bessere Arbeitsbedingungen der Putzleute. Es begann im Frühjahr 2000 in Los Angeles mit einem wochenlangen Streik von mehreren Tausend Putzleuten.

## Im Schatten der New Economy

Während die Janitors jeden Tag auf den Straßen von Downtown L.A. demonstrieren und mit »Picketings« die Eingänge zu den Bürotürmen blockierten, quollen in den Hauptquartieren der High-Tech und Entertainment-Industrie die Mülleimer über. Die Hochglanzfassade spiegelte auf einmal den Schmutz von elenden Arbeitsbedingungen und ruchloser Profitsucht, auf denen der Boom der 90er Jahre aufgebaut war: Riesige Gewinnspannen, die durch ein perfides System von »Unterverträgen«, global operierenden Sub-Firmen und einen Angriff auf die Rechte der überwiegend migrantischen Arbeitskraft in den Dreckjobs im Schatten der »New Economy« realisiert wurden.

Die Janitors von Los Angeles erkämpften sich in wochenlangen, harten Auseinandersetzungen eine gewaltige Erhöhung ihrer Stundenlöhne, die bislang nur einen Bruchteil des US-Durchschnitts ausgemacht hatten. Was aber wesentlich mehr zählte, war die Würde und der Stolz, den sich die Streikenden zurückeroberten: In 16 Städten der USA kam es den ganzen Frühsommer über zu Arbeitskämpfen, an

denen sich über 100.000 Putzleute beteiligten. In diesem Jahr wird die »Justice for Janitors« Kampagne schwerpunktmäßig an der Ostküste geführt: Von den Putz- und Sicherheitskräften, die an der Harvard Universität wochenlang und mit Unterstützung der Studierenden kämpften, bis hin zur bislang härtesten Auseinandersetzung in Baltimore, Philadelphia und Nord-New Jersey.

Bei »Justice for Janitors« geht es um nichts weniger als eine zeitgemäße Bestimmung gewerkschaftlicher Arbeit in Zeiten von Entgarantisierung, Überausbeutung und ethnischer Segmentierung des Arbeitsmarktes. »Justice für Janitors« bedeutet gewerkschaftliche Organisation an der Basis und in der Community, neue Kampf- und Auseinandersetzungsformen, und zu allererst die Wiederbelebung einer alten Parole: Gleiche Rechte für alle!

## Müsame Kleinarbeit

Valery Rey Alzaga ist eine der Gewerkschafterinnen, die »Justice für Janitors« vor 16 Jahren in Denver starteten. »Wir kamen alle aus Lateinamerika«, erzählt sie »und waren stark beeinflusst von der Arbeit der Basisgruppen dort. Mit dem vorherrschenden Bild der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren gab es wenig Gemeinsamkeiten. Gewerkschaften der Dienstleistungsindustrien, die anstatt die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, diesen bestenfalls eigene Dienstleistungen anzudrehen versuchten. In den 80er Jahren hatten die Gewerkschaften, unfähig die Basis zu organisieren, fast alle ihre Macht verloren. In Los

Angeles, erzählt Valery, sei der Stundenlohn von 10 Dollar 60 auf 5,75 Dollar gedrückt worden. »Die ArbeiterInnen waren jeder Fähigkeit beraubt, ihre Löhne zu verteidigen.«

Die kleine Gruppe in Denver begann zu diskutieren, wie Gewerkschaftsarbeit neu zu bestimmen sei. »Wer sind denn eigentlich die Leute, die wir an der Basis zu organisieren haben? Wie muss eine solche Organisation aussehen, und die Kritik am Gewerkschaftsapparat?« Alles begann in mühsamer Kleinarbeit: »Wir sagten: Gehen wir an die Arbeitsplätze und erklären wir den Leuten, warum sie sich organisieren sollen und vor allem, dass sie sich selbst organisieren sollen! Und dann klopfen wir an die Haustüren der Leute. Wenn sie meinten, sie wollten nicht mit uns sprechen, sind wir am nächsten Tag wiedergekommen. Irgendwann dann haben wir eine Tasse Kaffee mit ihnen getrunken und über die Probleme am Arbeitsplatz gesprochen.« Valerys Gewerkschaft LOCAL SEIU ist die Dienstleistungsgewerkschaft in den USA. Sie vertritt ArbeiterInnen, die sich um die Instandhaltung von Gebäuden kümmern. Also nicht nur die Putzleute, sondern auch Portiers, Fensterputzer, Sicherheitsleute, die alle Teil dieser Industrie sind.

## Kampf um elementare Rechte

Am 15. Juni 1990 wurde in Los Angeles eine Demonstration von Putzleuten, die gegen die Arbeitsbedingungen bei einer Vertragsfirma demonstrierten, von Polizeikräften brutal niedergeknüppelt. Die öffentliche Empörung über diesen Vorfall



führte dazu, dass der Arbeitgeber ISS gewerkschaftliche Organisation in seinen Betrieben zulassen musste. Von da an war die »Justice for Janitors«-Kampagne nicht mehr zu stoppen: Der 15. Juni ist heute in ganz USA und vielen Ländern dieser Welt ein Aktionstag in Erinnerung an die Ereignisse 1990.

Die Organisation von MigrantInnen, besonders von illegalen MigrantInnen, die in den prekären Jobs die große Mehrheit der Arbeitenden ausmachen, ist schwierig. »Der Kampf geht um elementare Rechte. Erst waren es nur ganz wenige, die ihre Angst überwandten und an den Demonstrationen und den Streiks teilnahmen. Lang-

sam aber wurden es mehr.« Heute geht es darum, für die sechs Millionen Illegalen in den USA eine Generalamnestie zu erkämpfen. Der Koalition für eine Reform der Einwanderungsgesetze haben sich inzwischen auch große Gewerkschaften wie die AFL/CIO, die bis vor kurzem als ausgesprochen fremdenfeindlich verschrien waren, angeschlossen.

Gewerkschaften in Nordamerika und Europa stehen heutzutage vor einer bedeutenden Entscheidung, sagt Valery Rey Alzaga. »Schliessen sie die MigrantInnen aus, weil sie die Standards attackieren, oder begreifen sie, dass die MigrantInnen Teil des gemeinsamen Kampfes sind?«

# Dienstmädchenfrage

**Putz- und Pflegedienste sowie Sexarbeit: Zwei Tätigkeitsfelder, die klassisch von Frauen erledigt werden, mittlerweile meist von Migrantinnen, die oft illegalisiert in Deutschland leben und arbeiten. Froh, überhaupt eine Arbeit gefunden zu haben, laufen sie gleichzeitig Gefahr, übelste Bedingungen vorzufinden. Zwar ist frau im Haushalt als privatem Raum weitgehend geschützt vor dem Zugriff der Ausländerpolizei, gleichzeitig aber der Willkür der ArbeitgeberInnen ausgesetzt.**

Die Gefahr von Belästigung und sexueller Gewalt ist groß, denn diese findet überall auf der Welt am häufigsten im privaten häuslichen Bereich statt. Sich zur Wehr zu setzen, ist nicht nur relativ aussichtslos, da die Beweislast auf Seiten des Opfers liegt, sondern hat mit der Offenlegung zudem die Abschiebung zur Folge. Der Arbeitsbereich der Prostitution wiederum ist prädestiniert dafür, mit Razzien überzogen zu werden - wie jüngst in Frankfurt - da sich in dieser von Gesetzes wegen halblegalen Welt viele kriminelle Machenschaften abspielen, an der sich vor allem diejenigen gesundstoßen, die noch keinen einzigen Freier bedient haben. Vor allem die illegalisierten Frauen sind die Leidtragenden dieser Razzien-Politik, sie werden ausgewiesen und wenn möglich abgeschoben. Viele Frauen wissen um Bedingungen und Risiken, sie entscheiden sich dennoch bewußt für diese Migrationsstrategien (1). Eine Frau, die sich hier als Haushaltshilfe durchschlägt, formuliert es so: »Auch wenn die Arbeit hart ist und du kaum etwas verdienst, ist es hier immer noch besser als zu Hause. In Marokko als Hausmädchen zu arbeiten, ist die Hölle.« Die Motivationen der Frauen sind sehr unterschiedlich. Manche wollen nur für eine bestimmte Zeit hier arbeiten, um ihre ökonomische Situation im Herkunftsland zu verbessern. Andere hoffen, sich hier zum Beispiel über eine Ehe ein besseres Leben aufzubauen. Häufig ist die Verantwortung für die Familie, insbesondere die Kinder eine der Triebfedern für die Migration von Frauen. Viele Frauen sind alleinerziehende Mütter, die Väter haben sich jeglicher Verantwortung und finanziellen Versorgung entzogen. Und manche wollen einfach der Enge patriar-

chaler Familienstrukturen entkommen oder bessere Einkommensbedingungen suchen. Helma Lutz sagt in ihrem Text »Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung«: »Einige Forscherinnen betonen darum die Notwendigkeit, die betroffenen Frauen nicht als passive Wesen, als Opfer oder als strukturgeleitete Marionetten zu begreifen, sondern als agents of change.«

## Pionierintenum

Sie sind, so schreibt etwa Mirjana Morokvasic, Pionierinnen, die Grenzen überwinden und eine enorme Mobilitäts- und Risikobereitschaft haben, die auf diese Weise Sende- und Aufnahmeländer verbinden und einen new global migration space kreieren. Sie tragen nicht allein zum Unterhalt ihrer Familien bei, sondern auch zur Transnationalisierung von Lebensstilen und zur Vervielfältigung von Konsum und Kommunikation.« (2) Gemein ist beiden Arbeitsbereichen, der Haus- wie der Sexarbeit, die gesellschaftliche Abwertung. Die Prostitution ist bislang noch nicht einmal als Arbeit anerkannt. Möglicherweise nimmt der Gesetzgeber absehbar Änderungen vor, so dass der Vertrag zwischen Prostituierten und Freier nicht mehr sittenwidrig ist und die Prostituierte sich krankens- und sozialversichern kann.

## Halbfeudale Verhältnisse

Das ist zwar schon eine große Errungenschaft, aber allein dadurch lässt sich weder die Doppelmoral abstellen noch gereicht es dazu, dass Migrantinnen ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht erhalten. Dennoch ist die Abschaffung der Sitten-

widrigkeit die Grundlage dafür, überhaupt eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Prostituierte vergeben zu können. Bei den Hausangestellten handelt es sich nicht selten um ein halbfeudales Arbeitsverhältnis, wenn die Bezahlung weniger durch Geld sondern mehr durch freie Kosten und Logis erfolgt. Das Abhängigkeitsverhältnis gleicht dem zwischen Herrn und Magd. Der dauernde Zugriff auf die Arbeitskraft der Hausangestellten ist garantiert, wenn sie dort wohnt. Eine große Gruppe von Frauen arbeitet stundenweise in verschiedenen Haushalten, Büros etc. Das bedeutet für sie ständiges Wechseln des Arbeitsplatzes, ein anstrengendes Geflecht von verschiedenen Abhängigkeiten, ständige Neuorganisation der Arbeit, teilweise weite Wege. Eine Interessenorganisation erscheint wegen des illegalen Status, der Vereinzelung und Isolation besonders schwierig, wenngleich es, europaweit, einige erfolgreiche Ansätze gibt (3). Die gegenwärtige Situation von illegalisierten Hausangestellten und Prostituierten ist geprägt von weitgehender Rechtslosigkeit. Demgegenüber wäre eine Greencard Regelung in dem Sinne, daß mit dem Arbeitsplatz ein zumindest vorübergehender Aufenthaltsstatus verbunden ist, für die Frauen ein nicht unbedeutender Fortschritt. Nicht zuletzt würden in diesen Branchen ganz neue Möglichkeiten der Interessensvertretung geschaffen, auch dann und für diejenigen, die von einer Legalisierung ausgeschlossen blieben. Eine Greencardforderung sollte zudem die Perspektive auf einen Daueraufenthalt sowie die Möglichkeit des Familiennachzugs einbeziehen. Jede Forderung nach Greencards folgt zweifellos der utilitaristischen

Logik des Arbeitsmarktes. Dass der Staat allenfalls solchen Personen Rechte gewähren will, die ihm nützlich erscheinen, muß weiterhin kritisiert und kann zu Recht als Leistungsressimus bezeichnet werden.

## Greencard für Prostituierte

Doch die Forderung entspricht den Bedürfnissen und Möglichkeiten vieler betroffener Frauen, sie »spielt« realpolitisch mit der aktuellen Debatte, sie thematisiert aufenthalts- und arbeitsrechtliche Mindeststandards auch für diese nichtöffentlichen Arbeitsbereiche. Dies komplett zu ignorieren und mögliche Fortschritt im Vergleich zur bestehenden Situation nicht zu sehen, kann allerdings nur die arrogante Position derer sein, die sich nicht selbst in einer solchen Lage befinden. Eine Greencard-Regelung für Hausangestellte und Prostituierte wäre in jedem Fall Ausdruck einer Anerkennung dieser Arbeiten. Es gibt einen Bedarf an Arbeitskräften in diesen Bereichen und es kann nicht darum gehen, diesen moralisch zu verurteilen oder als notwendiges Übel abzutun. Sicherlich könnten sich viele Frauen eine andere angenehmere, körperlich nicht so anstrengende Arbeit vorstellen. Sie sehen sich gezwungen aufgrund fehlender Chancengleichheit, der Abwertung ihrer erworbenen Qualifikationen und der ausländerrechtlichen Restriktionen, in diesen Bereichen ihr Geld zu verdienen. Diese Migrationsstrategien von Frauen sind aber eine soziale Realität und im Rahmen dessen gilt es für faire Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne, Sozial-, Kranken- und Rentenversicherung sowie Legalisierungen zu kämpfen. Auch denjenigen, die schon hier sind, sollte es möglich sein,

sich über einen Arbeitsvertrag zu legalisieren oder über Amnestieregelungen wie es sie in vielen anderen europäischen Ländern gibt.

Ein enormes Lohngefälle macht selbst schlecht bezahlte Arbeitsplätze hier noch interessant. Ohne an diesen ausbeuterischen Bedingungen etwas beschönigen zu wollen, halte ich es für wichtig, die Strategien der Frauen zu respektieren. Denn diese frauenspezifischen Migrationsstrategien beinhalten oft auch eine Form des Widerstands von Frauen gegen die Verhältnisse, in denen sie leben. Mit Kreativität, Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen, Mut und großer Flexibilität nutzen sie die Kommunikations- und Transportstrukturen der High-Tech-Gesellschaft und ziehen dorthin, wo sie sich bessere Lebens- oder Verdienstverhältnisse erhoffen.

*Judith Rosner (agisra e.V.)*

### Anmerkungen

1. *Bezüglich der Prostitution beziehe ich mich hierbei auf die Gruppe von Frauen, die sich für diese Arbeit entschieden haben und nicht dazu gezwungen wurden. Auf Grund der weltweiten ökonomischen Ungleichheit soll diese selbstbewusste Entscheidung nicht mit Freiwilligkeit verwechselt werden.*

2. *aus Helma Lutz: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung, Iks-Münster, März 2000*

3. *Selbsthilfeorganisationen aus mehreren Ländern haben sich in RESPECT zusammengeschlossen, einem europäischen Netzwerk migrantischer HausarbeiterInnen*





jeder mensch ist ein experte! jeder mensch ist ein experte!

# New Actonomy

**Seattle, Melbourne, Prag, Nizza, Davos, Quebec, Göteborg, gerade eben Genua und bald Qatar. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als würde eine neue globale Protestgeneration auf den Plan treten, die es ausgerechnet mit der von 1968 aufzunehmen hat. Lange aber noch kein Grund, sich Illusionen hinzugeben. Die New Actonomy besteht aus einer Vielzahl verschiedenster Aktivitäten.**

**Die Konferenz MAKE WORLD <BORDER="0" LOCATION="YES"> im Oktober 2001 in München geht der Frage nach, welche neuen Formen von Subjektivität die gegenwärtig unter dem Schlagwort "Globalisierung" zusammengefassten Veränderungen der Wirklichkeit hervorbringen.**

**Aber auch im Gegenzug: Welche Rolle werden Grenzen in den kulturellen, politischen und sozialen Dimensionen der sogenannten Informationsgesellschaft spielen?**

**Die dramatischen technologischen, politischen und ökonomischen Veränderungen der 90er Jahre können sich schließlich nicht nur auf die abstrakten Geld- und Warenströme beziehen, sondern haben gewaltige, mittel- und unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in der ganzen Welt.**

**<BORDER="0" LOCATION="YES"> besteht aus ein drei- bis viertägiges Kernereignis vom 17. bis 21. Oktober 2001 in München, um das herum diverse Veranstaltungen, Ausstellungen, Events und Workshops gruppiert werden.**

**Zahlreiche Panels bearbeiten entlang von vier Pfaden die Themen: »Arbeit ohne Grenzen«, »Virtual Borders«, »Open Source und freies Fluten«, »Under global Construction«. Erstmals vorgestellt wird auch ein öffentliches Interface: jeder mensch ist ein experte!**

**Veranstaltungsorte sind Muffathalle München und die Medienkunstgalerie Lothringer13. <http://make-world.org>**

Die großen sozialen Bewegungen des vergangenen Jahrhunderts wirken ausgelautet und inhaltlich wie strukturell verbraucht. Die komplexen Zusammenhänge einer immer enger vernetzten globalen Ökonomie und immer weiter ausdifferenzierter Lebensverhältnisse wirken immun gegen jegliche Form der Kritik. Das Feld des Politischen ist in Tausende von Einzelbildern zerfallen, und trotzdem bricht sich ausgerechnet in diesem Durcheinander ein Aktivismus mit neuartigen politischen Artikulations- und Handlungsweisen Bahn. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie äußerst flexibel und mit einer taktischen und strategischen Pluralität operieren sowie einen zeitgemäßen Begriff von Solidarität und Selbstbestimmung suchen, der unmittelbare und lokale Auseinandersetzungen mit dem Globalen koppelt oder kurzschließt.

## Immaterielle Sabotage

Widerstand kommt immer vor der Macht und Sabotage kommt von Sabot, einem heimlich in die Maschine eingeschleusten Holzschuh, der die Produktion vorübergehend blockiert. Wie der reguläre Streik zielt die Sabotage unmittelbar auf den Profit des Unternehmens ab, um die Erfüllung bestimmter Bedingungen zu erreichen. Vor allem dann, wenn Arbeitern das Streikrecht versagt, entzogen oder unbrauchbar gemacht wurde, war Sabotage ein probates, wenngleich illegales Mittel innerbetrieblicher Auseinandersetzungen. In den aktuellen politischen Auseinandersetzungen gibt es eine Reihe von Parallelen zur Situation Ende des vorletzten, Anfang des letzten Jahrhunderts. Sabotage steht im radikalen Widerspruch zu repräsentativen Formen der Auseinandersetzungen in den institutionalisierten Kontexten der Arbeiterbewegung. Diese blieben immer auf den Nationalstaat bezogen, während gleichzeitig und immer wieder spontane, un- oder gar besser organisierte Formen von Widerstand ein globales Klassenbewusstsein ausdrückten. Aktuelle Aktionsformen versuchen eine Neubestimmung von Sabotage als sozialer Praxis und zwar nicht in herkömmlichen, destruktiven Sinne, sondern als eine konstruktive innovative und kreative Praxis. Diese Konstruktivität ist eine organ- und organisationslose Bewegung in vielen verschiedenen Perspektiven. In einer Bewegung der Bewegungen geht es darum, die verschiedenen Kämpfe miteinander kommunizieren zu lassen, und zwar egal ob sie gerade alt oder neu genannt werden, so sie physikalisch stattfinden und wie sie enden werden. Es geht um selbstbestimmtes, vernetztes Denken, das ausdrücklich verschiedene Herangehensweisen und Verknüpfungen vorantreibt und sich als soziale Auseinandersetzung unmittelbar auf die Produktionsebene bezieht und konstitutiv ist für einen kollektiven Aneignungsprozess von Wissen und Macht.

## Rules for the New Actonomy

Die Zeit ist abgelaufen für jede Form von Reformismus. Wir leben im goldenen Zeitalter von unwiderstehlichem Aktivismus. Beschleunige deine Politik! Setz dir ein Ziel, das innerhalb von drei Jahren erreicht und innerhalb von 30 Sekunden formuliert werden kann. Geh raus und mach es! Verzweifle bloss nicht! Krieg dein verdammtes Vorhaben auf die Reihe, und schlag los! Widerstand muss auf den ersten Blick verführerisch sein. Die moralischen Schutzwälle des globalen Kapitalismus sind löchrig wie nie zuvor, die Konzerne geschwächt durch ihre endemisch verbreiteten, schmutzigen Geschäfte, verrückt nach nichts anderem als Profit. Je schneller die Verhältnisse sich ändern, desto radikaler müssen wir vorgehen.

Die zuletzt liberal-grüne Idee eines Kapitalismus, der von innen heraus verändert werden könnte, hat sich ein für alle Mal erledigt. Nicht weil die Vorreiter des »Dritten Weges« Verrat an der guten Sache begangen hätten. Nein - einfach deswegen, weil deren Projekt die Zeit verloren hat. Globale Systeme befinden sich in einem Zustand

permanenter Revolution, ebenso wie subversive Politik. Niemand kann da mehr mithalten, weder Konzerne und erst recht nicht Institutionen. Längst ist es zu spät für dezente Planungen, weil es die Zeit einfach nicht mehr gibt, die allein für das Einbringen eines Planes notwendig wäre. Diese Tatsache hat die Baby-Boomer-Generation zu solchen Kontroll-Freaks mutieren lassen. Politik ist reduziert auf Panikreaktionen.

## Panikreaktionen

Zukunft wird andauernd neu definiert und neu verhandelt. Globale Systeme sind in einem flüssigen Zustand zwischen Revolution und Reaktion - ebenso wie subversive Politik. Die Gesellschaft ändert sich viel schneller, als irgendeine seiner Institutionen dies vertragen könnte. Kurz: Niemand kann mehr mithalten und genau hierin liegt der Wettbewerbsvorteil der mobilen, vernetzten Aktivisten von heute. Anstatt nun über das Verschwinden der Politik, des Öffentlichen, der Revolution etc. zu jammern, konzentrieren sich Aktivisten von heute auf das schwächste Glied in der Kette, das schließlich die gesamte Stärke eines Systems ausmacht. Dies ist der Punkt, an dem sich das Konzern-Image in der wirklichen Welt materialisiert, allgegenwärtig und abstrakt wird. Schließ die Allgemeinplätze über den Widerspruch von Realem und Virtuellem kurz! Auf zu etwas anspruchsvollerer Dialektik! Alles hängt sowieso irgendwie zusammen, und die Macht regelt erbarungslos den Zugang zu den Ressourcen. Wirf eine Torte, schreib ein Programm! Besuch die Aktionärsversammlung, aber mach dich zuerst kundig. Was zählt ist der Schaden auf dem Feld des Symbolischen, gleich ob real oder virtuell.

## Rigorese Vernetzung

Die New Actonomy besteht aus Tausenden von kleinen und kleinsten Aktivitäten, die alle für sich selbst genommen äußerst bedeutsam, selbst organisiert und selbstverständlich nachhaltig sind. Hierfür brauchen wir keinen Generalplan oder eine hübsche Startseite - erst recht keine Partei oder Organisation. Es reicht völlig, die neuen Dynamiken zu verstehen und auszunutzen. Kreiere und verbreite deine Botschaft mit allen zur Verfügung stehenden Logiken, Werkzeugen und Medien! Die New Actonomy besteht vor allen Dingen aus einer rigorosen Vernetzung aller bestehender Aktivitäten. Deren Verschiedenheit wiederum fordert dazu heraus, nicht-hierarchische, dezentrierte und deterritorialisierte Anwendungen zu erfinden und miteinander zu verknüpfen. Gesetzmäßigkeiten der semiotischen Guerrilla: Flucht nach vorne, Angriff und Rückzug, Kodieren und Löschen! Stelle ebenso präzise wie bescheidene Forderungen auf, die dem Gegner einen Schritt zurück gestatten, ohne das Gesicht zu verlieren. Die sozialen Bewegungen des letzten Jahrhunderts haben es mit dem Nationalstaat aufgenommen und dessen Macht streitig gemacht. In der New Actonomy kämpfen die Aktivisten vornehmlich gegen Konzerne und gegen eine neue Form globaler Souveränität und wohlgeleitet: nicht gegen Globalisierung. Ziel ist nicht mehr, die Macht zu erlangen, sondern die Art und Weise zu bestimmen, wie sich Dinge verändern und warum. Grundsätzlich geht es darum, die Macht lächerlich zu machen, die Korruptheit der Macht sichtbar zu machen - und zwar in der schrillen, machtvollen, angriffs-lustigen und schönsten Sprache der Symbole.

## Schritt zurück

Dann einen Schritt zurück, damit die Veränderungen überhaupt erst Platz haben, sich breit zu machen. Lass andere dies tun, wenn sie unbedingt wollen. In dieser Phase gibt es keinen Anlass, in direkten Dialog zu treten. Der Austausch auf dem Feld der Medien kann diese Aufgabe getrost übernehmen. Komplexe Gesellschaften verfügen über genügend Vermittler und

Schnittstellen. Benutze sie! Indirekter Kontakt mit der Macht beeinflusst deine Radikalität solange nicht, wie du deine Würde aufrecht und auf dem aktuellen Stand hältst - sowohl als Einzelperson wie als Gruppe.

## Content-Viren

Radikale Forderungen sind nicht von vorneherein Indiz für ein dogmatisches Glaubensbekenntnis - auch wenn das durchaus der Fall sein kann. Sofern gut formuliert, sind sie starke Zeichen, die tief eindringen in eine verwirrt postmoderne Subjektivität, die so empfänglich ist für verfängliche Phrasen, Logos und Marken. Erfinde und verbinde so viele Intentionen, Motivationen und Begründungszusammenhänge wie möglich!

Ein Content-Virus kann heute über Nacht Millionen erreichen, wenn es wirklich durchdacht ist. Nütze all deine Zeit, um herauszukriegen, wie ein Thema verpackt werden muss, um auf einer Reise durch Zeit und Raum in einer Vielzahl kultureller Kontexte zu verfangen. Der Widerspruch zwischen »Small is beautiful« und »Subversive Economies of scale« verschiebt sich ständig. Low-Tech und kostenlose Projekte haben viel Charme, aber in den meisten Fällen lassen sie die nötige Präzision und Kreativität vermissen, um auch wirkungsvoll am schwächsten Glied der Kette anzusetzen. Mach dich bereit, auch mit Geld zu arbeiten! Du wirst es zumindest für eine entsprechende Ausrüstung gebrauchen können.

Denke effizient und nutze den Stab und die Infrastruktur auf Seiten des Gegners! Aktiv sein in der New Actonomy heißt: Kosten sparen und direkt auf den Punkt kommen. Eine Kampagne muss höchsteffizient sein und nicht nur auf der eigenen Stärke beruhen, sondern auch die Kräfte aller Verbündeter und Gegner einbeziehen. Outsourcing ist eine Waffe. Es heißt einfach nur, jemand anderen die Probleme zu überantworten, die ich selbst nicht am besten lösen kann. Denk daran, dass du nicht weit kommst, ohne eine angemessene Infrastruktur mit Büros, Server, sowie legalen Rahmenbedingungen, um Geld einzunehmen und auszugeben. Diese institutionellen Erfordernisse können ziemlich flexibel gehandhabt werden: Du musst sie nicht besitzen, denn das einzige, was du brauchst, ist Zugang im Vorübergehen, so dass du die Maschinen für deine Zecke und dein spezielles Projekt einsetzen kannst.

## Das Drama

Aktivisten wählen heutzutage vielschichtige, vielfältige und vielschichtige Ausdrucksweisen, die weit über das eigentliche Ziel der jeweiligen Kampagne oder einer konkreten Auseinandersetzung hinauschießen. Dies birgt Einsichten und Bereiche, die weit über das hinausreichen, was gerade im Moment zugänglich scheint. Dieser Mechanismus setzt eine Wiederaneignung rhizomatischer Mikro-Politik voraus, die einst aufkam als Antwort auf die zentralisierte Makro-Politik der zerfallenden Kommunistischen Parteien in den 70ern. Agiere in einem klar umrissenen Raum mit einer eindeutig bestimmten Kraft! Dramaturgie ist eine Selbstverständlichkeit. Eine konturierte Kampagne besteht aus klar umrissenen Episoden mit einem Anfang und einem Ende, einer sanften oder harschen Eskalation und einem finalen Show-down. Wichtig ist, die Gesetzmäßigkeiten des Auftauchens, Verschwindens und Wiederkehrens zu akzeptieren. Bleib nicht hängen in Strukturen, die auf dem absteigenden Ast sind. Sei bereit, dich fortzubewegen, und dabei die Infrastruktur der vorgegangenen Kampfyklus mitgehen zu lassen, oder zumindest den Zugang dazu. Eine Kampagne findet an einer Vielzahl von Orten statt und verweist daher in durchaus positiver Manier auf Globalität und Globalisierung. Eine Globalisierung, die nicht einen leeren, endlos erweiterten Markt darstellt, sondern voll ist von der Energie der Menschen.

Lass dich nicht erpressen! Wenn der Gegner in die Offensive zu gehen versucht, mach einen Schritt zur Seite oder nach vorne! Zieh alle Möglichkeiten in Betracht! Hauptsache, keine Panik! Aber machen wir uns auch nichts vor: Niemand braucht Cyberhelden, du bist kein einsamer Hacker mehr! Die Antwort eines Konzerns mag härter sein als ursprünglich erwartet. Es könnte also mitunter besser sein, einer direkten Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Was aber unter allen Umständen zu vermeiden ist: sich auf die Medien oder andere Vermittler zu verlassen. Ignoriere deren Ratschläge! Am Ende bist du doch nichts als eine weitere Kurzmeldung für sie. Dann lieber eine Stufe kleiner, nachgeben, neue Kräfte sammeln, das Netzwerk wieder hochfahren, tief schürfen an allen Ecken und Enden des Netzes, um so gleich die Gegen-Kampagne zu starten! Besser sich selbst minorisieren, als dass es der Gegner tut.

Programmiere und kompiliere subjektorientierte Kampagnen! Viele Menschen reden zur Zeit von einem globalen Aufstand, der gerade erst begonnen habe und sicher nicht darauf beschränkt bleiben werde, Straßenschlachten mit den drei Abkürzungen hinterherzulaufen: WB, WTO und IWF. Die brennende Frage der Bewegung aber lautet: Welche neuen Formen von Subjektivität werden aus den gegenwärtigen Kämpfen entstehen? Wenn schon alle wissen, was zu tun ist, wer weiß schon noch, wofür eigentlich gekämpft wird und warum? Aber vielleicht spielt das gar keine Rolle mehr: Vernetzter Aktivismus ist von betörender Fragilität. Es bedeutet: alle Ziele andauernd zu revidieren und neu zu definieren.

## Ignoriere die Geschichte

The Revolution will be Open Source or Not. Selbstbestimmung ist etwas, was geteilt werden sollte. Sobald du auf einem bestimmten Gebiet eine gewisse Stärke verspürst, kannst du diese produktiv machen als ein positives, kreatives und innovatives Vermögen. Diese Macht birgt schier unglaubliche Möglichkeiten und produziert wieder und wieder unerwartete und unalkulierbare Effekte.

Ignoriere die Geschichte! Beziehe dich nicht auf irgendeinen Vorgänger. Kill the darling! Versteck deine Bewunderung für Schriftsteller, Künstler und andere vertraute Typen! Du musst dich nicht dadurch legitimieren, dass du den richtigen Theoretiker oder Rapper zitierst. Sei skrupellos modern, das heißt: Ignoriere organisierte Moden, denn du hast genug mit anderen Dingen zu tun. Überlass in der Zwischenzeit anderen, die Techno-Religion zu predigen. Verbirg deine Vorlieben für alles, was neu und cool ist. Nutze es einfach! Reklamieren von den Konzernen das Recht auf die Zukunft! Und denk daran: Die Konzerne sind Dinosaurier.

Lies so viel Business-Literatur wie möglich und hab keine Angst, sie könnte dich beeinflussen. Sie wird es. Wenn du genug Verstand und Überzeugungen hast, kannst du mit diesem bisschen Ideologie spielend umgehen. Vergiss nicht, dass Aktivismus und Unternehmerteil einiges gemeinsam haben. Sei's drum! Zieh Nutzen aus deinen unbegrenzten Fähigkeiten, dich immer wieder zu verändern.

Mit der richtigen Einstellung kannst du jede Form von Integration überleben. Befreie dich von der Idee, dass gegnerische Konzepte deinen Kampf kompromittieren könnten. Du musst dich nicht selbst überzeugen und erst recht nicht deinen Gegner. Die Herausforderung besteht darin, diejenigen zu involvieren, die noch nicht Teil der Auseinandersetzung sind. Die Herausforderung besteht darin, Ressourcen zu nutzen, die dir vielleicht nicht wirklich gehören, aber dir gehören könnten.

Geert Lovink und Florian Schneider

<http://new.actonomy.org>

Sidney/München Juni 2001

